

**Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Hessen
am 21. November 2009 in Melsungen**

Beratungsunterlagen

Inhaltsverzeichnis

1. Geschäftsordnung	2
2. Tagesordnung und Zeitplan	4
3. Anträge zum Parteitag	5
4. Initiativantrag zum Parteitag (zum Tagesordnungspunkt 3)	11
5. Resolution	17
6. Auszüge aus der Landes- und Bundessatzung	19

Geschäftsordnung

I. Leitung / Arbeitsgremien / Aufgaben und Befugnisse

(1) Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:

- das Tagungspräsidium,
- die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission,
- die Antragskommission.

(2) Die Arbeit des Landesparteitages wird vom *Tagungspräsidium* geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.

(3) Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

II. Beschlussfassung allgemein

(4) Der Landesparteitag ist *beschlussfähig*, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist.

(5) *Stimm- und Rederecht* haben die gewählten und angemeldeten Delegierten. Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben Rederecht.

Gästen des Parteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium zu richten.

(6) *Beschlüsse des Parteitages* werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben.

Stimmhaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten. Das Tagungspräsidium setzt zur Auszählung der Stimmen Zähler ein, die tätig werden, wenn kein eindeutiges Ergebnis von der Tagungsleitung ermittelt werden kann.

III. Regeln in der Debatte

(7) Die *Tagungsleitung* ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf, leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Über die Redezeiten beschließt der Parteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf Vorschlag des Tagungspräsidiums.

(8) *Wortmeldungen* zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen. Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name und delegierender Kreisverband bzw. Zusammenschluss anzugeben.

Die Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet unter der Prämisse der Geschlechterquotierung über die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner. Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht möglich.

(9) Zu Redebeiträgen in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei *Nachfragen von Delegierten* und TeilnehmerInnen mit beratender Stimme zulassen. Die Nachfragen an die Rednerin/den Redner sowie die Antworten sind kurz zu formulieren (max. je 1 Minute).

(10) Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen *persönliche Erklärungen* abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute.

IV. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung

(11) Antragsteller/-innen haben das Recht, *Anträge* vor dem Plenum zu *begründen*.

(12) Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Sie können nur von Delegierten des Parteitages gestellt werden. Vor der Abstimmung erhalten je eine Delegierte oder ein Delegierter zunächst gegen den Antrag bzw. Aufruf und hiernach dafür das Wort.

(13) Der Antrag auf Beendigung der Debatte oder Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Rednerinnen und Redner zu verlesen.

(14) Fristgemäß eingereichte Anträge, welche von Kreisverbänden, Ortsverbänden, landesweiten Zusammenschlüssen, Organen der Partei, Kommissionen des Parteitages oder mindestens von 15 Delegierten gestellt wurden, sind vom Parteitag zu behandeln oder an den Landesvorstand bzw. den Landesrat zu überweisen. Die Antragskommission empfiehlt dem Parteitag die Behandlung im Plenum oder die Überweisung. Fristgemäß eingereichte Anträge, die diese Kriterien nicht erfüllen, werden nur auf Vorschlag der Antragskommission vom Parteitag behandelt oder an den Parteivorstand überwiesen.

(15) *Initiativanträge* können in den Parteitag eingebracht werden, wenn mindestens 15 Delegierte einen solchen Antrag unterstützen. Unter Beachtung dieser Voraussetzung empfiehlt die Antragskommission dem Plenum die Behandlung oder die Nichtbefassung.

(16) *Änderungsanträge* betreffen die Änderung eingereicherter Anträge und sind schriftlich an die Antragskommission einzureichen. Der/die Antragsteller/in kann die Übernahme von Änderungsanträgen erklären. Änderungsanträge, die von 15 Delegierten unterstützt werden, sind im Plenum zur Abstimmung zu unterbreiten.

(17) Die Antragskommission kann hinsichtlich einer möglichen weiteren Behandlung von Anträgen Überweisungsempfehlungen aussprechen.

(18) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen "für" den Antrag, dann "gegen" den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzurufen sind.

(19) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerden zu stellen. Hierüber ist nach Gegen- und Fürrede sofort abzustimmen.

(20) Das Tagungspräsidium fertigt ein schriftliches Beschluss- und Wahlprotokoll des Parteitages an. Die Beschlüsse des Parteitages sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

Beschlossen auf dem 1. Landesparteitag 29.-31. August 2008

Tagesordnung und Zeitplan für den 2. ordentlichen Parteitag

Zeitplanung	Tagesordnungspunkte
10:00 -10:10	1. Eröffnung und Konstituierung
10:15 -10:20	2. Bericht des Landesvorstandes an den 2. Parteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Hessen
10:20 - 12:30	3. Aussprache und Beschlussfassung zu den Aufgaben der Partei DIE LINKE. Landesverband Hessen nach der Landtagswahl und der Bundestagswahl 2009
12:30 -13:30	Mittagspause
13:30 -16:30	4. Nachwahlen für den Landesvorstand gem. § 19 der Landesatzung Wahl der Vorsitzenden Komplettierung Geschäftsführender Landesvorstand
16:30 -17:00	5. Wahl von zwei Vertretern zum Bundesausschuss gem. § 22 der Bundessatzung
17:00 - 18:45	6. Beratung und Entscheidung über Anträge an den Parteitag.
18.45 - 19:00	7. Schlusswort.

Anträge

Nr:	Antragsteller	Antragsthema	Seite
01	KV Wiesbaden	Widerstand gegen Bahnprivatisierung	5
02	KV Wiesbaden	Solidarität im Arbeitskampf bei der Deutschen Post	5
03	KV Rheingau-Taunus LAG Arbeitsplatzkonflikt & Mobbing	Mobbing am Arbeitsplatz	6
04	KV Schwalm-Eder Polit. Gesprächskreis	Änderung der Strafvollzugsgrundsätze	8
05	Gero Vogel, Reiner Boulnois KV Marburg-Biedenkopf	Bildung einer LAG	9
06	Gero Vogel, Reiner Boulnois KV Marburg-Biedenkopf	Infrastruktur für Kreisverbände entwickeln	10

Antrag 01

Antragsteller: Kreisverband Wiesbaden

Antragsthema: Widerstand gegen Bahnprivatisierung

Antrag:

Angesichts der von Verkehrspolitikern aus CDU, CSU und FDP geäußerten Absicht, nach einem Regierungswechsel die Privatisierung und Zerschlagung der Deutschen Bahn rasch in Angriff zu nehmen, fordern wir alle Mitglieder und Gremien der Partei auf, sich im Schulterschluss mit Privatisierungsgegnern und Gewerkschaftern aktiv gegen die Pläne zu engagieren.

Antrag 02

Antragsteller: Kreisverband Wiesbaden

Antragsthema: Solidarität im Arbeitskampf bei der Deutschen Post

Wir unterstützen die Beschäftigten der Deutschen Post und ihre Gewerkschaft ver.di im aktuellen Konflikt mit dem Konzernvorstand der Deutschen Post und bereiten ab sofort für den Fall eines Streiks ab November aktive Solidaritätsmaßnahmen vor.

(Antrag an: Landesvorstand, Landesparteitag, Bundesparteitag, Landesvorstand, Bundesvorstand
Weiterleiten an: Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion, AG B&G in Land und Bund

Antrag 03

Antragsteller: Kreisverband Rheingau-Taunus
LAG Arbeitsplatzkonflikt & Mobbing

Antragsthema: Mobbing am Arbeitsplatz

Antrag:

Der landesparteitag bittet die Fraktion DIE LINKE im hessischen Landtag, die Landesregierung von Hessen aufzufordern, gegen Mobbing am Arbeitsplatz rechtlich tätig zu werden.

Begründung:

"Der Staat, der Mobbing in seinen Dienststellen und in der Privatwirtschaft zulässt oder nicht ausreichend sanktioniert, kann sein humanitäres Wertesystem nicht glaubwürdig an seine Bürger vermitteln und gibt damit dieses Wertesystem langfristig dem Verfall preis." (Dr. Peter Wickler)

Bei ca. 2 Millionen Mobbingbetroffene in Deutschland, wobei von einer höheren Dunkelziffer ausgegangen werden muss, ist es dringend erforderlich und längst überfällig, dass diese Menschen eine parlamentarische sowie außerparlamentarische Hilfe und Unterstützung erfahren.

Die Gesetzes- und Rechtslage gewährt bei weitem keinen ausreichenden Schutz der Betroffenen und es ist dringend erforderlich, ein „Anti-Mobbing-Gesetz“ zu verabschieden.

Der Schaden für die Sozialversicherungsträger beläuft sich jährlich in Milliardenhöhe, d.h. die Solidargemeinschaft muss für Führungsschwäche und Fehlverhalten in der Arbeitswelt aufkommen.

DIE LINKE stellt sich dieser Problematik und bezieht eine klare Position für Mobbingbetroffene und tritt ein für:

- einen Gesetzesentwurf, nach dem Vorbild von Frankreich und Schweden, zu erstellen.
- dass die Sozialversicherungsträger gem. SGB die Verursacher und Verantwortlichen von Mobbing konsequent in Regress nehmen.
- den Aufbau eines Netzwerkes verschiedener Experten: Ärzte, Therapeuten, Rechtsanwälte etc. und dass die entstehenden Kosten nicht von den Betroffenen selbst zu tragen sind (z.B. Anwaltskosten, Beratungskosten etc.)
- für die Durchführung von Informationsveranstaltungen und dafür, dass Ansprechpartner zur Seite zu stehen.

Die Folgen von Mobbing sind für den Betroffenen als katastrophal einzustufen. Sie reichen vom Verlust des Arbeitsplatzes, dem Sturz in die Hartz IV Falle, über langwierige Krankheit, Erwerbsunfähigkeit bis hin zum Suizid.

Der Ideal-Zustand wäre natürlich, wenn alle betrieblichen Akteure sich der Gefahr, die von Mobbing ausgeht, bewusst machen würden und individuelle Lösungen suchen und umsetzen und somit das Mobbing-Risiko verringern. Damit ist sowohl den Arbeitnehmern als potentiellen Mobbingopfern als auch den Unternehmen, denen an einem guten Arbeitsklima und damit einer verbesserten Ertragslage gelegen sein sollte, selbst geholfen. Wegen der einschneidenden gesundheitlichen wie finanziellen Folgen, die Mobbing auslösen, müsste das Interesse auf beiden Seiten groß genug sein, dass auch tatsächlich etwas dagegen unternommen wird.

Leider ist dies eine Utopie, da von vielen Arbeitgebern und Unternehmen das Mittel Mobbing verwandt wird, um unliebsame, ältere, teurere und anders denkende Mitarbeiter aus dem Betrieb zu entfernen.

Bislang hat der deutsche Gesetzgeber keine Notwendigkeit für eine spezialgesetzliche Mobbingbekämpfung gesehen. Auch anlässlich zweier Petitionsverfahren wurde kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf gesehen. In seiner Sitzung vom 15.05.1997 empfahl der Bundestag, ein von dem Petenten angeregtes Verbot von Mobbing am Arbeitsplatz durch Bundesgesetz, ähnlich einem in diesem Zusammenhang ergangenen Erlasses des schwedischen Arbeitsministeriums, nicht zu unterstützen. Er begründete seine Auffassung damit, dass der Schutz vor Mobbing als Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts bereits durch § 75 BetrVG, §§ 1004, 823 BGB und §§ 223, 185 – 187 und 240 StGB hinreichend gewährleistet sei und ein

gesetzliches Mobbingverbot lediglich symbolische Bedeutung haben würde. Dem stimmen wir insoweit zu, dass die bestehenden Gesetze ausreichend sind, aber die Richter diese meistens nicht in der Gesamtschau in einem Mobbingprozess sehen und anwenden und somit den Mobbingbetroffenen keine positive Rechtsprechung angeeignet lassen. In strafrechtlichen Verfahren wird trotz nachgewiesener Körperverletzungen durch psychische Gewalt gern auf den uneffizienten Privatklageweg verwiesen. Deshalb ist es dringend erforderlich, ein Gesetz zu verabschieden, das klar und deutlich „Mobbing“ verbietet. Insbesondere muss die Beweislast geändert werden, d.h. der Mobber muss beweisen, dass er nicht mobbt, anstatt wie bisher: der Betroffene, das er gemobbt wird.

Für uns als Partei DIE LINKE muss sich letztendlich ein solches Gesetz aber an der Gewährleistung der praktischen Durchsetzung von Mobbing-schutzansprüchen ausrichten. Dazu gehört vorrangig die Implementierung des Prinzips der verhaltensumfassenden Beurteilung sowie des Prinzips einer obligatorischen Anhörung der schlüssigen Mobbingvortrag liefernden Partei und die Berücksichtigung des Anhörungsergebnisses bei der Entscheidungsfindung. Man wird deshalb überlegen müssen, ob –wie in dem französischen Mobbingbekämpfungsgesetz geschehen – die Gerichte verpflichtet werden, den Mobbing-Sachverhalt bei hinreichenden Anhaltspunkten von Amts wegen zu ermitteln und so das aktuelle Nachweisproblem zu entschärfen.

Dennoch sind repressive Elemente der Mobbingbekämpfung besonders unter dem Gesichtspunkt der Abschreckung und deshalb unter general-präventiven Gesichtspunkten unverzichtbar. Diese Gesichtspunkte müssen aber gleichzeitig den Mobbinggeschädigten zugute kommen in Form von Schadenersatz- und Schmerzensgeldansprüchen wegen Verletzung der Gesundheit und der Persönlichkeit. Die Höhe der Geld-Entschädigung muss zum Ausschluss einer Kosten-Nutzen-Kalkulation des Mobbers führen.

Zweitens muss sich das repressive Element der Mobbingbekämpfung in der Möglichkeit einer auf dem Fuße folgenden Regressinanspruchnahme durch die Sozialversicherungsträger niederschlagen, wenn diese aufgrund der Mobbingangriffe Leistungen zu erbringen haben. Auch dies ist zwar auf der Basis des geltenden Rechts (z.B. §§ 115,116,119 SGB X) grundsätzlich möglich, wird aber bislang nicht durchgeführt. Weiterhin muss darüber nachgedacht werden, inwieweit den Bedürfnissen von Mobbingopfern in der sozial-versicherungsrechtlichen Versorgung besser Rechnung getragen werden kann. Auch ein Benachteiligungsschutz für Mobbingopfer und Mobbingzeugen ist überdenkenswert.

Insbesondere in den Ausführungen des letzten Absatzes, sehe ich die große Chance unserer Partei, präventiv und interventiv tätig zu werden und mit den Sozialversicherungsträgern diese Problematik anzugehen.

Wir sollten letztlich das mögliche Wählerpotential sehen und uns zu Nutzen machen.

Antrag 04

Antragsteller: Politischer Gesprächskreis der LINKEN - Schwalmstadt-Ziegenhain

Antragsthema: Änderung der Strafvollzugsgrundsätze

Antrag:

Der Parteitag möge beschließen:

Die Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag wird aufgefordert, den von Justizminister Hahn vorgelegten Entwurf zum neuen Hessischen Strafvollzugsgesetz, scharf zu kritisieren und auf Änderungen und Annäherung an die Europäischen Strafvollzugsgrundsätze* unter Beachtung des Grundgesetzes sowie Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes hinzuwirken.

*Empfehlung REC (2006) des Ministerkomitees des Europarates vom 11.1.2006

Begründung.

Erstellt wurden diese "European Prison Rules" als Empfehlung zur Gestaltung der Gesetzgebung im Hinblick auf die Europäische Menschenrechtskonvention und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und im Hinblick auf die Arbeit des Europäischen Ausschusses zur Verhütung von Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe und eingedenk dessen, dass Freiheit nur als letztmögliche Maßnahme und nur auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise entzogen werden darf. Vollzugsbedingungen müssen so gestaltet sein, dass sie die Menschenwürde nicht verletzen.

Im Entwurf zum neuen hessischen Strafvollzugsgesetz wird an vielen Punkten unter den Anforderungen dieser das Menschenrecht schützenden Empfehlung geblieben.

Strafvollzugsbehörden erhalten "Kann."-Vorschriften und meist keine Fristsetzung zur Ausübung bestimmter für die Resozialisierung der Gefangenen wichtigen Aufgaben.

Damit wird eine Einforderung z. B. eines individuellen Vollzugsplans mit Maßnahmenfestlegung für die Gefangenen unmöglich. Das jahrelange "planlose" Wegsperrn ohne das Starten von Resozialisierungsmaßnahmen, das heute Realität ist, ließe sich hier durch bessere Fristregelungen verhindern und die Kosten für einen deshalb effektiveren Strafvollzug würden deshalb nicht einmal erhöht.

Die größte Kritik aber muß der grundsätzlichen Abkehr des Entwurfs vom Prinzip "offener Vollzug ist der Regelvollzug und geschlossener Vollzug ist die Ausnahme" gelten. So sagt die European-Prisons-Rules-Empfehlung zum Ziel des Strafvollzugs:

"Der Vollzug ist für Strafbefangene so auszugestalten, dass sie fähig werden, in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten, zu führen."

Dies wurde im Entwurf auch übernommen. Auch zur Gestaltung des Vollzugs sagt der Entwurf:

"Das Leben im Strafvollzug ist; den allgemeinen Lebensverhältnissen soweit wie möglich anzugleichen (unter Berücksichtigung von Sicherheit und Ordnung der Anstalt.)

Jedoch steht § 13 im krassen Gegensatz hierzu: "Gefangene werden grundsätzlich im geschlossenen Vollzug untergebracht. Vollzugsöffnende Maßnahmen* können zur Erfüllung des Eingliederungsauftrags gewährt werden wenn Gefangene ihr die jeweilige Maßnahme geeignet sind und ... (nichts zu befürchten ist."

- vollzugsöffnende Maßnahmen sind Offener Vollzug (tags zur Arbeit, nachts in die JVA), Außenbeschäftigung (außerhalb der Mauern) Ausführung (in Begleitung) Freigang oder Ausgang (ohne Begleitung) und Hafturlaub

Noch weiter eingeschränkt wird in einem Sechs-Punkte-Katalog, dass z. B. sicherungsverwahrte Gefangene (haben ihre Strafe bereits voll verbüßt und wurden irgendwann in der Vergangenheit als gefährlich eingestuft) bestimmte Ausbrecher, Gefangene, denen Abschiebung droht, Gefangene deren Strafe auf grobe Gewalttätigkeit gegen Personen beruht u. viele mehre keinen Zugang zu dieser Ausnahmeregelung "vollzugsöffnende Maßnahmen" erhalten dürfen.

Dies verfehlt das Ziel, den Strafvollzug allgemeinen Lebensverhältnissen anzugleichen und eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft schrittweise zu ermöglichen.

Gerade mit Gewalttaten straffällig gewordene Personen, denen somit jetzt ein Strafvollzug

mittels "Wegsperrungen" vorgegeben ist, kehren ohne wirksame Resozialisierungsmaßnahmen in unsere Gesellschaft zurück und dies erhöht die Gefahr erneut straffällig zu werden, statt sie zu mindern.

Logische Folge davon ist: Mehr Sicherungsverwahrungen nach voll verbüßter Strafe werden ausgesprochen werden und damit "die zweite Chance" nicht gewährt und ganze Menschenleben durch diese "Wegsperr-Methode" weggeworfen.

Defizite zu beheben macht Mühe. Eine zweite Chance zu geben ist Vertrauenssache und auch nicht in jedem Fall möglich: Aber zumindest sollte das HstVollzG diesen Weg alternativ und ohne so große Einschränkung ermöglichen, denn unsere Gesellschaft wird in den nächsten Jahrzehnten alle Menschen mit deren Fähigkeiten und Begabungen nötig haben.

Antrag 05

Antragsteller: Gero Vogel und Reiner Boulnois (KV Marburg-Biedenkopf)

Antragsthema: Bildung einer LAG

Antrag:

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand eine Landesarbeitsgemeinschaft zur „Nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum“ zu gründen.

Begründung:

Warum bedarf es dieser Arbeitsgemeinschaft?

Mit Beginn der Industrialisierung beginnt eine Landflucht hin zu den Städten. Was sich damals angebahnt hatte, setzte sich nach dem 2. Welt Krieg bis heute hin fort.

Bis zur Industrialisierung sorgte die Landwirtschaft nicht nur für die Ernährung, sondern auch für viele Dinge des täglichen Lebens bis hin zur Versorgung mit Baumaterialien. Die Bauern stellten neben Rohstoffen für Textilien, Weidenkörbe, Besen und Bürsten, oder für ihren eigenen Bedarf alle möglich Gerätschaften her.

Heute finden nur noch wenige Menschen ihren Arbeitsplatz in der Landwirtschaft. Weite Landstriche verlieren nicht nur ihre Bauern, sondern mit der Landflucht und stetiger Zentralisierung, wird die Infrastruktur im ländlichen Raum zerstört. Immer mehr Geschäfte auf dem Land müssen den großen Märkten in den Städten weichen. Die fehlende Infrastruktur im ländlichen Raum, fast keine Geschäfte, keine Handwerksbetriebe, Banken, Poststationen, fehlende Schulen, Kindergärten, Arztpraxen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, schlechte Verkehrsanbindung usw., führen dazu, dass junge Menschen die Dörfer verlassen und die älteren zurück bleiben. Besonders gravierend ist dies für Menschen, die kein Auto besitzen.

Um dieser Entwicklung zu begegnen Baugebiete ausgewiesen und Industriebetriebe angesiedelt, was den Ausbau von Straßenanbindungen notwendig macht. Dies führt dann andererseits zur Zersiedlung des ländlichen Raums.

Diese scheinbar widersprechenden Entwicklungen, plus dem Streben nach immer höherem und schnellerem Wirtschaftswachstum und der Industrialisierung der Landwirtschaft (Forstwirtschaft), tragen enorm zur Umwelt- und Naturzerstörung bei. Z. B. haben sich bis heute zwei Drittel der landwirtschaftlich genutzten Böden durch Erosion, Versalzung, Nährstoffabbau und Verschmutzung verschlechtert. Dafür verantwortlich ist vor allem die industrielle Landwirtschaft, sie zerstört die Grundlagen unserer Ernährung.

Deshalb brauchen wir statt uniformer Rezepte, Lösungen, die den lokalen und kulturellen Bedingungen optimal angepasst sind.

Das dies nicht so einfach ist, wird schon daran ersichtlich, dass der Ausbau der notwendigen Infrastruktur z. B. von Zug- und Busanbindung, Geschäfte und weiterverarbeiteten Betriebe nicht dem Landschaftsschutz zu wieder laufen darf. Gleichzeitig soll unsere Kulturlandschaft fürs Wohlbefinden der hier lebenden Menschen erhalten bleiben.

Es darf eben nicht passieren, dass soziale Belange zu Gunsten der Ökologie geopfert werden, oder die Ökologie zu Gunsten der Ökonomie, oder die Ökonomie zu Gunsten von Sozialem.

Diese Komplexität zwischen Sozialem, Ökologie und Ökonomie gilt es zu erkennen und zu lernen

mit dieser umzugehen.

Folgende Aufgabenfelder und Themenschwerpunkte gilt es zu entwickeln:

- Es müssen Gegenstrategien zur Neoliberalisierung und Globalisierung entwickelt werden.
- Bäuerinnen und Bauern sollen ermuntert werden, ihre Landwirtschaft auf Bioanbau umzustellen.
- Die Arbeitsgemeinschaft soll den Fraktionen in den Kommunalparlamenten und im Hessischen Landtag zuarbeiten.
- Diese Arbeitsgemeinschaft soll nicht im eigenen Saft schmoren, sondern innerhalb und außerhalb unserer Partei Bündnispartner suchen und Kontakte aufbauen.
- Die Bioland- und Forstwirtschaft muß gefördert werden: Lebensmittelerzeugung, Anbau von Rohstoffen, z.B. für Textilien, Energie, Kraftstoffe usw.
- Gerade die biologische Landwirtschaft kann hinsichtlich Energieeinsparungen und alternativen Energieträgern einen wesentlichen Beitrag leisten.
- Durch regionale Vermarktung von Bioprodukten könnten Energieeinspareffekte erzielt werden. Zum einen wegen den kürzeren Wegen und zum anderen weil der flächenbezogene Energieeinsatz im ökologischen Landbau um zwei Drittel unter dem in der konventionellen Landwirtschaft liegt.
- Bedeutung der biologischen Landwirtschaft hinsichtlich alternativer Energieträger und nachwachsenden Rohstoffen
- Soziale Absicherung der Bäuerinnen und Bauern
- Infrastruktur: Zug- und Busanbindung, Geschäfte und weiterverarbeiteten Betriebe (Molkereien, Mühlen, Energiegewinnung)
- Landschaftsschutz: Erhalt der Artenvielfalt und Biotopen, Verhinderung von Zersiedlung,
- Landschaftsplanung: Urbanität, nachhaltige Architektur- u. Siedlungsplanung (Bio-Niedrigstenergiehäuser), soziales Wohnumfeld, Wohnen und Leben von Jung und Alt, alters- u. behindertengerechtes Wohnen,
- Förderung von Siedlungen, Wohnstätten und Mehrgenerationenhäusern, in denen die Menschen ihr Wohnumfeld mitbestimmen und mitgestalten können.
- Regionalvermarktung: Aufklärung und Werbung für nachhaltige Produkte
- Nachhaltige Bildung in ländlicher Region, Bildung für Nachhaltigkeit, Bildungseinrichtungen in interdisziplinärer Ausrichtung

Antrag 06

Antragsteller: Gero Vogel und Reiner Boulnois (KV Marburg-Biedenkopf)

Antragsthema: Infrastruktur für Kreisverbände entwickeln

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt gemeinsam mit unseren Landtags- und hessischen Bundestagsabgeordneten und den Vorständen der Kreisverbände Möglichkeiten zu erarbeiten, wie finanziell und infrastrukturell schwache Kreisverbände gestärkt werden können.

Begründung:

Mit dem Einzug vier hessische VertreterInnen in den Bundestag und dem guten Wahlergebnis wird sich in Zukunft auch die finanzielle Situation in unserem Landesverband verbessern.

Damit die finanziell- und strukturell schwachen Kreisverbänden, große Flächenkreise mit geringen Einwohnerzahlen und damit bedingt auch geringen Mitgliederzahlen nicht weiter ins Hintertreffen geraten, ist es für unsere Partei unbedingt erforderlich diese Kreisverbände solidarisch in jeder Hinsicht verstärkt zu unterstützen.

Solidarität und Glaubwürdigkeit gilt es zu leben und nicht nur verbal zu verlauten.

1 **Initiativantrag 01**2 **Initiativantrag zum Parteitag DIE LINKE.Hessen 21.11.2009**

3

4 **Antragsteller:** Dieter Hooge, Diana Hupperten, Oliver Nöll, Reiner Kotulla, Hermann Schaus,
5 Charlotte Ullmann (Redaktionsgruppe auf Beschluss des Landesvorstandes vom 23.10.2009)

6

7 **Antragsthema:** Zur Situation nach der Bundestagswahl

8

9 **Antrag**10 **Der schwarz/gelbe Koalitionsvertrag: Hauptsache, erst mal regieren und mit neuen**
11 **Schulden die Macht sichern**12 Die neue Regierung setzt auf die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft und auf ein illusionäres
13 starkes Wachstum, nicht aber auf eine solidarische Gesellschaft und soziale Gerechtigkeit für die
14 übergroße Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger.15 Die Koalition gibt keine Antworten auf die aktuellen Probleme, mit denen Gesellschaft und
16 Wirtschaft durch die Wirtschaftskrise konfrontiert sind. Sie setzt auf die alten Rezepte. Der
17 Koalitionsvertrag enthält keine Antworten auf die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts:
18 Die nationale und globale Klima- und Energiepolitik, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, sozialer
19 Ausgrenzung und Hoffnungslosigkeit, die für uns weithin sichtbar ist.20 Soziale Gerechtigkeit im eigenen Land herzustellen und Übernahme von Verantwortung für
21 globale Gerechtigkeit finden sich nicht als Grundlagen der angekündigten Regierungspolitik.
22 Beteiligung der Einkommensstarken und Vermögenden sowie der Profiteure der
23 Finanzmarktspekulationen an den öffentlichen Kosten der Krisenbewältigung ist nicht vorgesehen.
24 Entschlossene Maßnahmen gegen das Anwachsen von sozialer Ausgrenzung prekärer
25 Lebensverhältnisse und von Armutskarrieren, vor allen Dingen Kinderarmut, sind nicht
26 vorgesehen.27 Die geplante Erhöhung des Schonvermögens bei Hartz-IV-Empfängern wirkt sich nur bei einem
28 verschwindend geringen Anteil der Betroffenen aus. Hartz IV bleibt aber.29 Von mehr Kindergeld und einem hohen Kinderfreibetrag profitieren Gutverdiener mehr als
30 Geringverdiener und Hartz IV-Bezieher überhaupt nicht31 Die geplanten Maßnahmen bei der Unternehmensbesteuerung bringen im Wesentlichen den
32 großen Konzernen und Verkäufern von Unternehmen Vorteile. Die kleinen und mittleren Betriebe
33 werden nur durch wolkige Versprechungen für Steuervereinfachung entlastet.34 Für die ca. 200 Milliarden Euro, die derzeit pro Jahr vererbt werden, fließen rund 4 Milliarden
35 Erbschaftssteuer, also rund 2 % in die öffentlichen Haushalte. Statt alle Erbschaften mit einem
36 einheitlichen Steuersatz von beispielsweise 15 % zu belasten, soll die Erbschaftssteuer nun noch
37 weiter ausgedünnt werden.38 Diese Koalition sieht keine nennenswerten Erhöhungen der Staatseinnahmen durch eine
39 Erhöhung der Unternehmensbesteuerung und Vermögenssteuer vor. Daher müssen
40 Steuergeschenke zunächst auf Pump finanziert werden, um dann zu einem späteren Zeitpunkt die
41 Steuerausfälle mit Sozialabbau zu finanzieren. Hier tickt eine Zeitbombe.42 Die weitere Deregulierung der Arbeitswelt ist geplant. Die bisherigen branchenspezifischen
43 Mindestlöhne werden in Frage gestellt. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen in diesem
44 Bereich können durch ein Veto der Arbeitgeber ausgehebelt werden. Kettenarbeitsverträge werden
45 legalisiert. Regelungen zur Altersteilzeit werden endgültig gekippt.46 Gesundheit und Pflege hat die Schwarz-Gelbe Koalition zum gesellschaftspolitischen
47 Experimentierfeld erklärt. Geprobt wird der Systembruch oder gar Systemwechsel. Die paritätische
48 Finanzierung seit Bismarck zwischen Lohnabhängigen und Arbeitgebern soll endgültig der
49 Vergangenheit angehören: Arbeitgeberanteile einfrieren, Arbeitnehmerbelastung durch Beiträge
50 und Selbstbeteiligung erhöhen.51 In der Klima- und Energiepolitik wird mehr oder weniger unverhohlen der Atomkraft eine erneute
52 Perspektive eröffnet. Der Ausstieg vom Ausstieg ist vorbereitet.

53 In der Außen- und Militärpolitik wird der Kurs der vergangenen Jahre fortgesetzt. Diese Regierung

1 steht zur aggressiven Militärstrategie der Nato und wird weiterhin die Bundeswehr in internationale
2 kriegerische Auseinandersetzungen schicken. Im Klartext signalisiert dies: Die Bundesrepublik
3 Deutschland auf dem Weg zu einer hochgerüsteten Großmacht mit weltweiten Ambitionen.
4 Diese Regierung steht ohne Wenn und Aber zum Lissabon-Vertrag und dessen neoliberaler und
5 militaristischer Substanz.
6 Für die Innen- und Gesellschaftspolitik hält diese Regierung eine erneute reaktionäre Ausrichtung
7 bereit: Sie redet der sogenannten Totalitarismustheorie das Wort. Faschismus und Kommunismus
8 werden gleichgesetzt. Hier soll ein sogenannter Post-Antikommunismus gelten.
9 Landespolitisch von großer Bedeutung ist die Aussage „international wettbewerbsfähige
10 Betriebszeiten“ sicherzustellen. Dies bedeutet für den Flughafenstandort Frankfurt, das
11 Unterlaufen der Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs hinsichtlich des jahrelang
12 von Koch und Hahn zugesagten Nachtflugverbotes.
13 Vorläufiges Fazit: der Versuch, eine Strategie der Empörung und Gegenmobilisierung vorerst zu
14 vermeiden, soll mit Formulierungstricks zunächst verhindert werden. Dies kann und wird nicht
15 aufgehen.
16 An uns ist es, die unsoziale, rückwärts gewandte und gesellschaftspolitisch fatale Ausrichtung
17 dieser Koalition zu entlarven und aufzuklären. Für uns steht fest: Wenn alle Absichten im sozial-
18 und wirtschaftspolitischen Bereich von Merkel und Westerwelle umgesetzt werden, wird es am
19 Ende der Legislaturperiode 15 % der Bevölkerung wesentlich besser und 85 % wesentlich
20 schlechter gehen. Diese angekündigte Politik provoziert Protest, Widerstand und soziale Unruhen.
21 Die Aufgabe der Linken ist es, gemeinsam mit den außerparlamentarischen Bewegungen, vor
22 allen Dingen gemeinsam mit den Gewerkschaften, Abwehrkämpfe zu organisieren.
23 Die hessische LINKE nimmt die Herausforderungen, die aus der Analyse dieses Vertrages für uns
24 deutlich sichtbar werden, an.

25 **Einschätzungen der Bundestagswahl**

26 Wir haben mit 8,5% der abgegebenen Stimmen in Hessen bei der Bundestagswahl ein
27 hervorragendes Wahlergebnis erzielt und damit unser Ergebnis von 2005 um 3,2 Prozent
28 übertroffen. Hunderttausende Wählerinnen und Wähler haben diejenigen widerlegt, die uns seit
29 einem Jahr die Fähigkeit absprechen, in der Krise unseren Stimmenanteil merklich zu erhöhen.
30 Insgesamt setzen jetzt 5.155.933 Menschen ihre Hoffnung in uns; in Hessen sind es 271.455. Wir
31 haben dieses Mal bundesweit mit 11,9 % 16 Direktmandate gewonnen und sind im Bundestag als
32 viertstärkste Fraktion vertreten, vor den Grünen, die als Partei sozialen und ökologischen Wandels
33 an Glaubwürdigkeit verloren haben. Die diesjährige Bundestagswahl hat aber auch belegt, dass
34 das Vertrauen der Menschen in die Parteien und die politischen Entscheidungsprozesse insgesamt
35 stark geschwächt ist. Die Wahlbeteiligung lag auf einem historischen Tiefstand. Und dies ist vor
36 allem der Wahlenthaltung der traditionellen Klientel der SPD zuzurechnen. Der parlamentarische
37 Betrieb insgesamt leidet unter einem Vertrauensschwund, und wir haben noch nicht allen, die von
38 der Politik der Umverteilung und Ausgrenzung enttäuscht sind, eine glaubhafte Alternative
39 präsentieren können.
40 Im Unterschied zur Bundestagswahl 2005 liegen unsere Ergebnisse in allen hessischen
41 Wahlkreisen deutlich über 5 Prozent. In mehreren Wahlkreisen liegen die Ergebnisse sogar bei 10
42 Prozent. Darunter befinden sich sowohl Ballungszentren, mittelgroße Städte als auch ländliche
43 Räume.
44 Wir haben besonders stark in Wahlbezirken mit hohem Anteil an Arbeitslosen und ArbeiterInnen
45 gewonnen. Daran müssen wir die programmatische und organisatorische Weiterentwicklung der
46 LINKEN ausrichten. Der Wahlerfolg der Linken erfordert in Hessen ein deutliches politisches Profil
47 für die Landes- und Kommunalpolitik und eine Strategie zur Unterstützung des
48 außerparlamentarischen Widerstandes. Im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2011 erfordert dies
49 ab sofort intensive Anstrengungen der gesamten Partei.

50 **Wir wollen die Systemveränderung!**

51 Die gegenwärtige Krise macht deutlich, dass das kapitalistische System den demokratischen und
52 sozialen Lebensinteressen der Menschen in unserem Land nicht gerecht wird. Wir brauchen eine
53 soziale und wirtschaftliche Neuordnung, deren Ziel und Inhalt nicht das kapitalistische Gewinn- und
54 Machtstreben sein kann.

1 Das Ergebnis der Bundestagswahl bringt auch eine wachsende Polarisierung in unserer
 2 Gesellschaft, die nach wie vor durch einen unüberbrückbaren Interessengegensatz zwischen
 3 Kapital und Arbeit geprägt ist, zum Ausdruck. Hier ist die Linke politisch klar positioniert. Wir sind
 4 die einzige Partei, die gegen den menschenfeindlichen, neoliberalen Umbau unserer Gesellschaft
 5 und gegen die Zerstörung des Sozialstaats kämpft. Wir sind die einzige Anti-Agenda 2010 Partei.
 6 Wir stehen für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wir sind Antikriegspartei und die Partei des
 7 demokratischen Sozialismus. Wir stehen als Partei DIE LINKE fest an der Seite der
 8 Friedensbewegung, der abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten.

9 Wir stellen die Eigentums- und Machtfrage mit dem Ziel der Überwindung der kapitalistischen
 10 Gesellschaftsordnung und des Aufbaus einer neuen, in der die Ausbeutung des Menschen durch
 11 den Menschen beseitigt ist. Wir lehnen jede Politik ab, die Profitmaximierung als Maß allen
 12 Wirtschaftens akzeptiert.

13 Wir fordern:

- 14 • Die Überführung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in gesellschaftliches
 15 Eigentum, insbesondere der Energie-Konzerne, aber auch der Großbanken;
- 16 • Eine kostenlose, hochqualitative und verlässliche Gesundheitsversorgung für alle;
- 17 • Mehr direkte Demokratie und wir unterstützen Forderungen nach Politischem Streik;
- 18 • Ein Verbot der Parteienfinanzierung durch Großkapital und Banken;
- 19 • Das antidemokratische Lobbyisten-Unwesen der Wirtschafts- und Unternehmerverbände
 20 gesetzlich zu verbieten.

22 Wir machen keine Abstriche bei unseren politischen Grundpositionen:

- 24 • Das Hartz-IV-System muss beseitigt werden. Fördern statt Fordern muss endlich die oberste
 25 Maxime der Arbeitsmarktpolitik sein.
- 26 • Die Rente mit 67 muss abgeschafft werden.
- 27 • Mit den Gewerkschaften setzen wir uns für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn
 28 ein.
- 29 • Wir verlangen, dass die Kriegseinsätze der Bundeswehr überall in der Welt beendet werden
 30 und zwar sofort! Erster Schritt: Raus aus Afghanistan!
- 31 • Wir unterstützen eine offensive gewerkschaftliche Gegenmacht im Widerstand gegen eine
 32 immer inhumaner und aggressiver werdende Politik des Kapitals. Dazu gehört auch die
 33 Anwendung des politischen Streiks, wie ihn z. B. die Gewerkschaft IG BAU unlängst in ihrer
 34 Satzung verankert hat.
- 35 • Wir treten für einen radikalen Wandel in der Industriepolitik ein, die auf Nachhaltigkeit
 36 verpflichtet werden muss. Dazu gehört in erster Linie die zukunftsfähige Entwicklung des
 37 Schienenverkehrs mit entsprechenden Fahrzeugen und Strecken. Einen Börsengang und
 38 damit die Privatisierung der Bahn lehnen wir ab.
- 39 • Wir sind für einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, für eine konsequente Entwicklung
 40 und Förderung alternativer Energieerzeugung.

41
 42 Die Linke ist integraler Bestandteil der neuen Anti-Atomkraft-Bewegung.

43 GRÜNE und SPD

44 Mit weiten Teilen von SPD und Grünen ist es zurzeit nicht möglich, in Hessen oder Bundesebene
 45 gemeinsame strategische und politische Ansätze zu finden. Die Potenziale in beiden Parteien, die
 46 der LINKEN vorurteilsfrei und kooperationsbereit gegenüberstehen, sind als äußerst gering
 47 einzuschätzen. Die politische Auseinandersetzung mit uns ist zumeist von unhaltbarer Polemik und
 48 Konfrontation geprägt. Eine konstruktive politische Debatten-Kultur sähe anders aus.

49 Wir verwahren uns dagegen, wenn sozialdemokratische Politiker in der Öffentlichkeit so tun, als
 50 sei es von ihrem Willen abhängig, ob DIE LINKE mit der SPD eine Koalition bilde. Wir sagen:
 51 Solange die SPD eine Kriegs- und Agenda-2010-Partei ist, gehen wir mit ihr keine Koalition ein!
 52 Unsere politischen Grundpositionen und die daraus resultierenden Forderungen werden von SPD

1 und Grünen bestenfalls aus wahltaktischen Gründen mitgetragen. Beide Parteien sind nach wie
 2 vor von neoliberalen Ideologien durchdrungen und stehen zurzeit mehrheitlich nicht für einen
 3 Politikwechsel, wie wir ihn anstreben, zur Verfügung.
 4 Den immer wiederkehrenden Scheinargumenten, vorgetragen von Vertretern von Grünen und
 5 SPD, entgegnen wir in aller Deutlichkeit: Wir beteiligen uns an Regierungskoalitionen, wenn mit
 6 politischen Parteien wie SPD und Grünen, entsprechend unserer Forderungen, ein grundlegender
 7 Politikwechsel möglich ist.
 8 Unsere Forderungen nach Sicherung und Ausbau des Sozialstaats wären seriös finanzierbar,
 9 wenn Bundes- und Landesregierungen politisch dazu bereit wären, die Ausgabenseite des
 10 Staates u.a. durch eine gerechte Unternehmensbesteuerung und durch die Wiedereinführung der
 11 Vermögenssteuer zu erhöhen. Das heißt konkret auch, die Umverteilung von unten nach oben zu
 12 stoppen und umzukehren.

13 **Perspektiven für DIE LINKE. Hessen**

14 Das mit großer Spannung erwartete und für uns mit enormen Kraftanstrengungen verbundene
 15 Superwahljahr liegt hinter uns; es ist an der Zeit, die vor uns liegenden Ziele und Aufgaben neu zu
 16 bestimmen:
 17 Wichtigstes Ziel ist, den Parteaufbau weiter voranzutreiben. Wir wollen aus den Fehlern, die die
 18 europäischen Arbeiterparteien in der Vergangenheit gemacht haben, lernen. Unser Ziel ist es,
 19 unseren Parteaufbau weiterhin unter aktiver Mitwirkung aller Mitglieder demokratisch zu gestalten.
 20 Das macht die neue LINKE aus. Unser Mitgliederentscheid letztes Jahr ist beispielhaft dafür, wie
 21 wir mit wichtigen Richtungsentscheidungen umgehen. Besonderes Augenmerk beim Parteaufbau
 22 gilt bisher noch zu wenig vertretenen Bevölkerungsgruppen.
 23 Zum weiteren Parteaufbau gehört eine breite Diskussion unseres Parteiprogramms. Wir fordern
 24 den Parteivorstand auf, möglichst schnell einen Zeitplan und einen Programmentwurf vorzulegen,
 25 damit alle Mitglieder diese Diskussion ohne Zeitdruck führen können. Eine demokratische, alle
 26 Mitglieder einbeziehende Diskussion braucht Zeit; wir wollen die Programmdiskussion nicht
 27 einigen wenigen Selbstberufenen überlassen.
 28 Viele Menschen haben das Vertrauen in Parteipolitik verloren; sie engagieren sich aber z.B. in
 29 Bündnissen und treiben viele fortschrittliche Initiativen voran. Wir sind Partner für diese Bündnisse
 30 im außerparlamentarischen Kampf und tragen ihre Anliegen auch in die parlamentarische
 31 Diskussion. Besonderes Augenmerk gilt hierbei den betrieblichen Kämpfen und der
 32 Gewerkschaftspolitik.

33 **Wichtige Ziele unserer Landespolitik**

34 Auf der Landesebene sehen wir uns einer Regierung gegenüber, die sich als Vorbild und Partner
 35 der schwarz-gelben Bundesregierung versteht. Ähnlich wie diese verdankt sie ihr Amt nicht einem
 36 absoluten Stimmzugewinn, sondern vor allem der Schwäche der SPD. Und ähnlich wie die
 37 Bundesregierung setzt die Koch-Koalition auf eine rücksichtslose Politik im Interesse ihrer Klientel
 38 in den Arbeitgeberverbänden. Vor dem Hintergrund der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren
 39 bedeutet dies massive Angriffe auf den Lebensstandard der breiten Masse der Bevölkerung und
 40 damit verbunden notwendigerweise eine Beschneidung von Bürgerrechten und demokratischer
 41 Mitbestimmung.
 42 Unsere Aufgabe und Chance für die kommende Zeit besteht darin, den bestehenden und noch zu
 43 erwartenden Widerstand zu orten, aufzugreifen und auszuweiten. Unsere Bündnis- und
 44 Mobilisierungsfähigkeit können zu unseren wirksamsten Mitteln in der politischen
 45 Auseinandersetzung werden. Zu den wichtigsten Auseinandersetzungen auf Landesebene werden
 46 weiterhin gehören:
 47 • Der Ausbau der Flughäfen Frankfurt und Kassel-Calden und das Nachtflugverbot
 48 • Der Schrottreaktor Biblis und die durch die Bundesregierung geplante und von der
 49 Landesregierung geforderte Laufzeitverlängerung
 50 • Schaffung von Arbeitsplätzen durch mehr Stellen im Öffentlichen Dienst, vor allem in den
 51 Bereichen Gesundheit, Umwelt, Bildung und Soziales
 52 • Keine Operation Düstere Zukunft II und kein weiterer Sozialkahlschlag, sondern endlich mehr
 53 Geld für Soziales

- Eine Schule für alle Kinder bis zur 10. Klasse und eine bedarfsgerechte Finanzierung und Personalausstattung der Schulen und Hochschulen

Die Wirtschaftskrise wird nicht nur den Kürzungsdruck auf die Regierung erhöhen, sondern auch zu zahlreichen Angriffen der hessischen Unternehmer auf ihre Belegschaften führen. In diesen Auseinandersetzungen, in denen wir die Regierung zur Übernahme von Verantwortung drängen müssen, stehen wir fest an der Seite der Beschäftigten.

Kommunalpolitik betrifft die Menschen unmittelbar

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise treffen die Menschen in ihrem Wohn- und Arbeitsumfeld schnell und hart. Schon jetzt führen die massiven Einbrüche bei den Gewerbesteuern wie auch die erheblichen Kürzungen der kommunalen Finanzmittel durch das Land Hessen zu spürbaren Einschränkungen bei den so genannten freiwilligen Leistungen der Landkreise und Gemeinden. In den kommenden Jahren droht ein Finanzkollaps mit unübersehbaren Folgen für die kommunale Selbstverwaltung und somit eine Einschränkung direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung. Es droht die Reduzierung der kommunalen Aufgaben auf ihre Pflichtaufgaben und damit die Einschränkung der Arbeit aller sozialen Projekte und Einrichtungen, die Schließung von Bibliotheken, Museen und Theatern, weitere Einschränkungen bei Sportstätten, Schwimmbädern und im öffentlichen Personenverkehr. Eine weitere Privatisierungswelle kommunaler Eigenbetriebe, von Krankenhäusern und Altenpflege, ist zu befürchten.

Bei den zurückliegenden Kommunalwahlen 2006, wo wir erstmals in Hessen als breite LINKE angetreten sind, konnten wir auf Anhieb mehr als 150 Mandate in 30 Städten und Gemeinden sowie in 20 Landkreisen gewinnen. Seither streiten wir, in unmittelbarer Zusammenarbeit gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und örtlichen Initiativen aktiv in den Kommunalparlamenten für soziale Gerechtigkeit, den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung!

Wir wollen unsere kommunalpolitische Arbeit erheblich verstärken, denn sie ist eine wichtige Grundlage gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Unser Ziel für die Kommunalwahl 2011 ist es, unsere Mandate in den Fraktionen zu vergrößern und in weitere Kommunalparlamente erstmals einzuziehen. Dazu ist es notwendig, die bestehenden Kontakte zu aktiven EinwohnerInnen, zu Initiativen, Gewerkschaften und sozialen Organisationen vor Ort zu vertiefen und dort für Mitarbeit zu werben. Unser Ziel heißt: Mindestens 300 Kommunalmandate für DIE LINKE in Hessen 2011!

Parteiaufbau

Eine der wichtigsten Aufgaben des Landesverbandes – auch in Hinblick auf die Kommunalwahl 2011 – bleibt es, die vorhandenen Strukturen zu stärken, den Mitgliederbestand zu konsolidieren, Mitglieder und Interessenten zu aktivieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Wichtig wird hierbei auch die Neugründung von Ortsgruppen sein, wo immer dies möglich ist. Faktisch wachsen unsere Wahlergebnisse schneller als unsere Strukturen. Außerdem gelingt es in vielen Kreisverbänden noch nicht ausreichend, die Mitgliedschaft in die Arbeit vor Ort einzubinden.

Der Landesvorstand begrüßt ausdrücklich, dass in vielen Kreisverbänden Neumitgliederabende stattfinden und die Aktivierung der Genossinnen und Genossen, die neu zur Partei stoßen, zunehmend angegangen wird. Leider fehlen noch struktur- und organisationspolitische Vorbedingungen, dies zu einer flächendeckenden Kampagne auszubauen. Besonderes Augenmerk müssen wir auf die Integration von weiblichen und jungen Mitgliedern in unsere Partei legen; Diskussionsangebote, aber auch ein geeigneter Diskussions- und Veranstaltungsstil nehmen darauf Rücksicht.

Wir bitten unsere Bundestagsabgeordneten, diesen Prozess zu unterstützen. Gleichzeitig kommen auch auf unsere Landesgeschäftsstelle immer mehr Aufgaben zu, die in einem guten Mix aus hauptamtlicher und ehrenamtlicher Tätigkeit bewältigt werden müssen.

Der Landesvorstand wird binnen eines halben Jahres gemeinsam mit den Kreisverbänden, den MandatsträgerInnen, den LAG's und dem Jugendverband ein umfassendes Konzept entwickeln, um die lokalen Strukturen zu stärken. Dies muss sinnvoll und zielgruppengerecht mit politischen Inhalten und Aktionsformen verknüpft werden. Mögliche Ansätze gibt es in Hinblick auf Aktionen gegen Naziaufmärsche (bsw. Friedberg), beim Endspurt der Afghanistan-Abstimmungskampagne

1 wegen der anstehenden Mandatsverlängerung im Dezember 2009 oder auch in Verzahnung mit
2 dem Jugend- und Studierendenverband und deren Aktivitäten zum Thema Bildung (Bildungsstreik,
3 kostenloses SchülerInnen ticket).

4 Die Zielstellung hierbei ist:

- 5 • Aktivierung der Mitgliedschaft und des SympathisantInnenumfeldes.
- 6 • Räume schaffen, damit sich Umfeld und Parteibasis einbringen können.
- 7 • Gewinnung neuer Mitglieder.

8
9 Ein Konzept hierfür wird zeitnah in die Partei gegeben und vor Ort – in den Basisstrukturen –
10 diskutiert. Dieser Prozess ist ergebnisoffen, aber wesentliche Vorbedingungen sind:

- 11 • Umfassende Auswertung der Aktivierungskampagne in den abgelaufenen Wahlkämpfen.
- 12 • Abfrage der lokalen Strukturen und Erfahrungen der Kreisverbände.
- 13 • Durchführung von Regionalkonferenzen zum Thema
- 14 • Einarbeitung bedarfsgerechter Schulungs- und Bildungskonzepte mit entsprechenden
- 15 Einrichtungen in und bei der Partei (RLS, KBP, KoPoFo)
- 16 • Vernetzung der verschiedenen Strukturen.
- 17 • Zielgruppenanalyse und Entwicklung zielgruppengerechter Kampagnenelemente, bzw.
- 18 Ansprachen.

19 **Aktionsfähigkeit**

20 In den vor uns liegenden Wochen müssen große Teile der hessischen Bevölkerung
21 Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen befürchten. Beschäftigte, Rentnerinnen
22 und Rentner und Bezieher von Transferleistungen sollen zur Kasse gebeten werden für die
23 Milliardengeschenke, die die Banken infolge der von ihnen selbst verursachten Wirtschaftskrise
24 bekommen haben.

25 Weil wir wissen, dass die Krise kein Betriebsunfall des Kapitalismus ist, sondern die logische
26 Konsequenz seines Grundprinzips (Profitmaximierung um jeden Preis), ist es unsere Aufgabe,
27 überall dort mitzuarbeiten und zu kämpfen, wo sich Menschen für ein besseres Leben einsetzen:

- 28 • In Betrieben, weil Massenentlassungen, Schlechterstellungen oder gar Firmenschließungen
29 drohen;
- 30 • Vor Arbeitsämtern, weil die Arbeitslosigkeit steigt und die Leitungen weiter eingeschränkt
31 werden sollen;
- 32 • in den Kommunen, wenn wegen kollabierender Steuereinnahmen freiwillige Leistungen gekürzt
33 werden

34
35 **Sozial auch nach der Wahl – DIE LINKE. Hessen!**

36

Resolution 01

Antragsteller: Kreisverband Fulda

Thema: Unterstützung der Fuldaer Erklärung

Antrag:

Der Landesparteitag unterstützt die Fuldaer Erklärung zum Afghanistankrieg „**Truppenabzug jetzt! Frieden statt Krieg!**“ und erklärt sich bereit als Erstunterzeichner bereit aufgeführt zu werden.

Fuldaer Erklärung

Im Oktober 2009 starb ein junger Mann aus der Region Fulda an den schweren Verletzungen, die er mehr als ein Jahr zuvor als Soldat in Afghanistan erlitten hatte. Wir sind bestürzt über die steigende Zahl der Opfer, die der Krieg in Afghanistan fordert.

Junge Menschen werden in diesen Krieg geschickt, Töten und Sterben von den verantwortlichen Politikern billigend in Kauf genommen.

Die NATO-Staaten Kanada und Niederlande haben für 2010/2011 den Abzug ihrer Truppen angekündigt. Die Bundesregierung aber hält eisern am Kriegsverständnis fest. Die Bundeswehr bringt keine Lösung des Konfliktes, sie ist längst Teil des Problems. Nur zivile Hilfsprogramme können eine Wende zum Positiven bringen. Die unabdingbare Voraussetzung für eine friedliche Entwicklung in Afghanistan ist die Beendigung der bewaffneten Kämpfe.

Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn alle ausländischen Truppen abgezogen werden.

Deshalb fordern wir:

- **Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan statt weiterer Aufstockung der Kontingente**
- **Sofortige Einstellung aller Waffenlieferungen**
- **Keine logistische Unterstützung des Krieges**
- **Bereitstellung von Mitteln für den zivilen Wiederaufbau**
- **Zivile Berufsbildungsprogramme für Jugendliche und Bundeswehrangehörige**

Nach Ablauf der Antragsfrist eingegangene Anträge

Die folgenden beiden Anträge wurden 10 Tage nach Ablauf der Antragsfrist bei der Antragskommission eingereicht. Das Antragsbegehren ist lang bekannt. Insofern können sie nicht als Initiativanträge bewertet werden. Die Antragskommission wird dem Parteitag einen Vorschlag zur Behandlung dieser Anträge vorlegen.

Antragsteller Kreisverband Fulda

Antragsthema: Änderung des hess. Schulgesetzes

Antrag:

Die Fraktion der Linken im hess. Landtag soll eine Änderung des Hessischen Schulgesetzes fordern.

Im §161 soll die Trägerschaft (damit auch die Finanzierung) bei der Schülerbeförderung auch für die Oberstufen aufgenommen werden.

Begründung:

Unbestritten braucht unser Land mehr und besser qualifizierte Bürger. Durch die große Fläche einiger Landkreise können nicht überall wohnortnahe Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden. Hierdurch entstehen für Schüler teilweise Fahrtkosten von über 700,- Euro im Jahr. Für Bürger mit geringem Einkommen und mehreren Schülern ist dies nicht zu finanzieren.

Antragsteller Kreisverband Fulda

Antragsthema: Schaffung unabhängiger Medien

Antrag:

Die hessische Linke fordert die Bundespartei auf, eine Initiative zur Reformierung und/oder die Schaffung neuer Bereiche für unabhängige Medien zu starten. (Mit „unabhängig“ meinen wir insbesondere: frei von wirtschaftlichen und parteipolitischen Zwängen, ohne lobbyistische Vereinnahmung, ohne regional- oder globalökonomische Vereinnahmungen von Konzernen etc.)

Zunächst sollte die Situation der Medienlandschaft dokumentiert werden. Nachfolgend sollte auf Basis dieser Dokumentation ein überparteilicher Kongress zur aktuellen Situation der Medien (inklusive der sog. Neuen Medien) in Deutschland (unter Einbeziehung der globalen Entwicklungen) stattfinden. Im Bündnis mit anderen Organisationen sollten Möglichkeiten zu einer wirkungsvollen Schaffung von im oben definierten Sinne unabhängigen Medien beraten und umgesetzt werden.

Begründung:

Die Medienlandschaft in der Bundesrepublik Deutschland wird immer deutlicher von wirtschaftlichen und politischen Interessen der Unternehmer oder von Lobbyisten beherrscht. Neoliberale Politik und Politiker werden oft einseitig hofiert und tagtäglich über alle Kanäle präsentiert. Kritische Stimmen werden oft weggelassen oder diskreditiert. Statt Informationen wird „Infotainment“ geboten, an die Stelle des gesellschaftlichen Diskurses tritt „Politainment“; Pseudowissenschaftler und Interessensvertreter der Industrie werden gezielt als „neutrale“ oder „unabhängige“ Sachverständige zur Unterstützung in den Medien platziert. Man kann in unserem Land nach unserer Einschätzung kaum noch von unabhängigen Medien sprechen. Aber ohne diese kann Demokratie nicht atmen.

Hinweise zum Tagesordnungspunkt 4. Nachwahlen für den Landesvorstand ge. § 19 der Satzung

Auszug aus der Landessatzung

§ 19 Zusammensetzung und Wahl des Landesvorstandes

- 1) Der Landesvorstand (**Gesamtvorstand**) besteht aus insgesamt 25 Mitglieder, darunter die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes. Dabei sollen alle Kreisverbände nach Möglichkeit mit je einem Mitglied berücksichtigt werden. Kreisverbände, die keinen Vertreter im Landesvorstand stellen, dürfen mit beratender Stimme an allen Sitzungen teilnehmen.
Der Geschäftsführende Landesvorstand besteht aus 8 Mitgliedern, darunter
 - a) zwei Landesvorsitzende
 - b) zwei stellv. Landesvorsitzende
 - c) eine Landesschatzmeisterin oder ein Landesschatzmeister-
- 2) Die Wahlperiode des Landesvorstandes beträgt zwei Jahre (24 Monate).
- 3) Im Übrigen finden eine Neuwahl des Landesvorstandes oder eventuelle Nachwahlen auf Beschluss des Landesparteitages statt.
- 4) Dem Landesvorstand gehören zwei hessische Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und zwei Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag mit beratender Stimme an.
- 5) Der Landesparteitag kann weitere Mitglieder mit beratender Stimme bestimmen.

Hinweise zum Tagesordnungspunkt 5. Wahl von zwei Delegierte zum Bundesausschuss gem. § 22 der Bundessatzung

Auszug aus der Bundessatzung

§ 22 Zusammensetzung und Wahl des Bundesausschusses

- (1) Dem Bundesausschuss gehören mit beschließender Stimme an:
 - a. 60 Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände,
 - b. zwölf von der Versammlung der Sprecherinnen und Sprecher der bundesweiten Zusammenschlüsse zu wählende Mitglieder,
 - c. zwölf durch den Parteivorstand aus seiner Mitte bestimmte Mitglieder,
 - d. zwei Vertreterinnen oder Vertreter des anerkannten Jugendverbandes.
- (2) Dem Bundesausschuss können weitere Mitglieder mit beratender Stimme angehören.
- (3) Die Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände werden von den Landesparteitagen gewählt. Die Verteilung der Mandate auf die Landesverbände erfolgt entsprechend den Delegiertenzahlen des Parteitages paarweise im Divisorenverfahren nach Adams.
- (4) Die Mitglieder mit beratender Stimme werden auf Beschluss des Parteitages durch Organe, Versammlungen und sonstige Gremien der Partei und ihrer Zusammenschlüsse bestimmt. Dabei sollen die Gruppe im Europäischen Parlament, die Bundestagsfraktion und die Vertreterinnen und Vertreter der Partei in der Partei der Europäischen Linken angemessen berücksichtigt werden.
- (5) Die Mitglieder werden auf die Dauer von zwei Kalenderjahren bestellt, das erste Mal für die Jahre 2008 und 2009. Für die Mitglieder sind auch Ersatzmitglieder zu bestellen.